

Berlin. Der Senatorenkongress des Reichstags hat beschlossen, daß morgen der Reichstag vertritt und die Schüsse am 22. Juni wieder aufgenommen werden sollen. Man hofft dann, den Rest der Arbeit in etwa 8 Tagen erledigen zu können.

Berlin. Das Herrenhaus begann heute die Plenarversammlung. In der Debatte beschwerten sich verschiedene Redner darüber, daß die Bevölkerungsverlage mit dem Staat verbunden worden sei, wodurch das geistige Recht des Herrenhauses geschädigt werde. Schließlich wurde eine Resolution angenommen, in welcher die Staatsregierung aufgefordert wird, für die Folgezeit das Recht des Herrenhauses nicht in ähnlicher Weise zu bezeichnen, wie es beispielsweise bei dem Beamtenbevölkerungsgebot gewesen sei. Graf v. Putten-Göppert vertrat die politischen Auffassungen. Ministerpräsident Fürst Hohenlohe erwiderte, die Voten des Provinz-Voten hätten gegenüber den Wahlhütern, die sie als Mitglieder eines gewählten Staatswesens gesehen, auch die Verpflichtung, sich als preußische Staatsbürger zu führen. Gewiß habe die Regierung die Mutterworte über Unterthanen fremder Nationalität zu achten, aber das durfte nicht so weit gehen, daß die fremde Sprache die deutsche verdränge. Obre Pflicht als vornehme Staatsbürger könnten die Voten nur dann erfüllen, wenn sie auch der deutschen Sprache mächtig seien. Weiterberatung morgen.

Berlin. Das Abgeordnetenkongress begann die 2. Beratung der Handelskammernovelle, die welche wird morgen fortgesetzt. In der zweiten Beratung des Kolonialausschusses wurde die Bezeichnung des Verordnungsministers über eine Häuer- und Gütersteuer festgelegt. Eine lebhafte Debatte wurde darüber geführt, ob die Steuer in der Form der Kopfsteuer oder in der Form der Häuer- und Gütersteuer zur Erhebung gelangen soll. Der Verordnungsminister wurde schließlich einer Kommission übertragen. Die Billigung für Deutschland-Misra stand die Billigung des Kolonialausschusses. Zu verschiedenen Positionen des Kolonialausschusses wurden aus der Sicht der Bevölkerung verschieden Ansprüche beantragt, während hinreichend der Einfluss und Schwere der Kolonialsteuer sich für eine Erhebung der vorgelegten Forderungen sprach. Eine längere Erörterung veranlaßte die Frage des Ausuburolls auf Misra. — Das Kaiserliche Amt des öffentlichen Nachschusses über den Saatenfund im Reiche im Mittel Mai dieses Jahres. Zunächst sind folgende Sätze ermittelt: Winterweizen 24, Sommerweizen 25, Winterroggen 25, Sommerroggen 24, Gerste 24, Roter 25, Kartoffel 26, Rote 23, Weizen 24. Zur Zeit Königreich Sachsen stellen sich die Ziffern wie folgt: Winterweizen 22, Sommerweizen 32, Winterroggen 21, Sommerroggen 21, Gerste 22, Roter 23, Rote 23, Weizen 21.

Berlin. Prozeß Tautz. Der zweite Prozeß beginnt mit einer Erörterung über eine Disciplinaruntersuchung, die bereits per dem Prozeß Lüttow gegen v. Tautz in seiner Eigenschaft als Kriminalkommissar gestellt war. Der Ankläger kommt in die Begriff. Es handelt sich in diesem Disciplinarverfahren um Beschwerden des Angeklagten zu dem Mediatoren Walther über den Chefredakteur des Zeit. Pol. Nachrichten, Schweinfurt. Der Angeklagte erkennt sich darin: Herr Schweinfurt war in der Lage, daß Nachrichten zu bekommen, die er nur durch Verletzung des Amteschreins erhalten haben konnte. Es waren vielmehr polizeiliche Ermittlungen nach dieser Richtung hin angezeigt worden, und es war möglich, über Herrn Schweinfurt Evidenznahmen zu erhalten. Ich weiß nun, daß Schweinfurt zwei Korrespondenzen herausgab, die Zeit. Polit. Nachrichten und die Deutsche Korrespondenz. Die letztere dient dem Centralverein der deutschen Industriellen, und ich hätte aus ganz sicherer Quelle vernommen, daß er darin von der Tissonschen Gesellschaft eine jährliche Subvention von 20.000 M. erhält. Auf diese Dinge, ob er von Herrn Schweinfurt sich habe Geld geben lassen, erwidert der Angeklagte, nicht für sich, sondern für einen buchmäßigen Offizier, der seinerseits hierher gekommen ist und Ehrenhuldungen gemacht habe. Dieser Offizier sei zu ihm gekommen und habe ihn gesagt, er sei verloren, wenn er die Schweinfurth nicht behalten könne. Er habe ihm das Geld gegeben, der Offizier sei aber anstatt nach Schweinfurt nach Amerika gegangen. Er sei dabei in Buchenlande geraten und habe in 14 Jahren über 40.000 M. aufzutragen und abrügen müssen. Die Beweisnachrichten des Angeklagten v. Tautz richten sich dann weiter auf die bekannte Artikeln der "Sozial-Arg." gegen den neuen Kurs, die von Hermann-Schumann bearbeitet und die von Tautz mitgetragen waren, um die Politik ihres Agenten Hermann-Schumann nicht entlaufen habe? Es wäre doch dies das einzige Mittel gewesen, einen solchen Beamten, der seiner Behörde Schwierigkeiten machen zu entziehen. v. Tautz antwortet darauf nichts. Der Verteidiger legt dann dem Angeklagten v. Tautz nahe, daß er sich doch häufig drostisch und gefährlich über Herrn v. Walchall gedrängt hätte. v. Tautz erwidert, er wäre eine gerade Natur, und es habe ihn bestimmt, daß eine Behörde gegen eine andere Behörde einen solchen Verdrängungsversuch unternommen habe. Herr v. Walchall habe für Sie gewesen sind. Viele gegen den neuen Kurs in die Presse zu lancieren. v. Tautz bestreitet diese Aussage. Der Angeklagte v. Lüttow wird sodann über seine Begegnung mit dem Polizeirat Edler, angeblich die rechte Hand des Ministers v. Kötter, vernommen. Er gibt an, von Lüttow den Auftrag erhalten zu haben, durch diesen Herrn sich mit dem Minister des Innern in Verbindung zu bringen. v. Tautz bestreitet die Urheberschaft. Es wird noch ein bei ihm gefundenenes Schreibstück vorleisen. Beifrag, warum er das so sorgfältig aufbewahrt habe, wenn es doch nur ihm unwichtig sei, erwidert er, er habe alles auf und weiß nichts weg. Der erste Staatsanwalt läßt einen Brief des Angeklagten v. Lüttow an den Minister v. Kötter vorlesen, in welchem v. Lüttow auf die Unzulänglichkeit des offiziellen Prezbureaus hindeutet und sich selbst unter einer Übereiste als gut informiert und einzigt praktisch empfiehlt. Auch das sollte Herrn v. Tautz veranlaßt haben, was jedoch v. Tautz bestreitet; er erwidert vielmehr, Lüttow hätte damals eine Korrespondenz gründen wollen, hätte daher wohl im persönlichen Interesse gehandelt. Lüttow behauptet das Gegenteil, er habe auch hier nur als Agent des Herrn v. Tautz gehandelt. Zur Verleugnung gelangt ein anonymes Schreiben an den Chefredakteur des "Vaterlandes", in welchem Lüttow als Agent des russischen Prezbureau gekennzeichnet wird, als welcher er Zutritt zu den höchsten Finanzkreisen, zu den Bankiers der russischen Regierung, Graf Roth-Schwabach, Bleichroder, Mendelssohn etc. erhält. Sogar in adeligen Kreisen, wo die Flügelabwanderungen spielen, hatte er Einzug Altenburgs gemacht, durch das genannte Benehmen selber als Beauvois bekannten höheren Gemahl unterstellt. Reichsanwalt Dr. Lubotsky fragt an, wer hinter dem oben erwähnten Artikel der "Sozial-Arg." stecke, wen also Hintermann des Hermann-Schumann sei. Tautz bezieht sich wieder auf das angeblich dem verstorbenen Polizeipräsidenten v. Kötter vorliegende Ehrentwurf, daß er nicht brechen werde.

Berlin. Heute begannen die Beratungen des deutsch-österreichisch-ungarischen Binnenschiffahrt-Kongresses. Den Beratungen wohnten bei: der österreichische Handelsminister, der deutsche Geschäftsträger Prinz Liechtenstein, der böhmiische Gesandte Freiherr v. Bodenwitz, der böhmische Gesandte Graf Wallwitz, Bürgermeister Dr. Püger, zahlreiche Abgeordnete, sowie über 200 Kongressdelegierte aus Österreich-Ungarn und dem Deutschen Reich. Abg. Kurs betonte in seiner Begrüßungsansprache die Notwendigkeit der Ausbildung der drei Reichsverbindenden Wasserstraßen. Er teilte mit, Reichskanzler Fürst Hohenlohe, sowie Ministerpräsident Graf Baden und Baron Lambsdorff hätten die Ehrenpräsidenten angenommen und ihre Abwesenheit entschuldigt. Der Handelsminister begrüßte Namens der Regierung die Begrüßung, besonders auch die Gäste aus Ungarn und dem Deutschen Reich. Die Regierung bringt den Anträgen des Kongresses großes Interesse entgegen. Nachdem noch Bürgermeister Dr. Püger den Kongress-Namens der Stadt Wien begrüßt hatte, wurde in die Tagesordnung eingetragen. Der Abgeordnetenkongress nahm heute die Majoritätsrede in zweiter und dritter Lesung an. Im Laufe der Beratung gab Ministerpräsident Graf Baden eine Erklärung ab, in welcher darauf hingewiesen wird, daß der Standpunkt der Regierung vorgezeichnet sei durch die Thronrede, sie welchen eintrat. Gegen Ende der Regierung steht. Die Regierung könne sich mit der Adresse nicht identifizieren, wie auch die Herren der Wehrheit die Adresse bezeichneten, ohne sich mit der Regierung identifiziert zu haben. Ebenso wie die Regierung ihr Programm in der Thronrede niedergelegt habe, hätten alle Parteien das Recht, ihre politische und Volksliste in der Adresse zum Ausdruck zu bringen. Er erklärte unumstößlich, daß er nicht mit allen in der Adresse der Majorität gebrauchten Ausdrücken einverstanden sei. Der Ministerpräsident verließ einen vom Hause angenommenen Adress-Entwurf,

in welchem von der staatsrechtlichen Ausgestaltung der Monarchie und von der Rückführung auf die Vergangenheit einzelner Königreiche und Länder die Rede ist und welcher in den entsprechenden Ausdrücken abgesetzt ist. Der Verfasser desselben ist Graf. Das Wort "Föderalismus" kommt in der ganzen Adresse der Majorität nicht vor und habe auch im Texte zu der Adresse keine Bedeutung. Der Ministerpräsident betonte, in der Thronrede sei mit Bedacht der autonomen Provinzen aufgenommen. Die Regierung sei auch gewillt, die Gedanken zu verfolgen und durchzuführen. Sie wolle sich aber dabei von rechtlichen Motiven leiten lassen, von dem Grundsatz ausgehend, den Reichsstaat zu entlasten. Der Ministerpräsident wiedergab, daß die bayerische Föderaliste, die Voten des Provinz-Voten hätten gegenüber den Wohlthütern, die sie als Mitglieder eines gewählten Staatswesens gesehen, auch die Verpflichtung, sich als preußische Staatsbürger zu führen. Gewiß habe die Regierung die Mutterworte über Unterthanen fremder Nationalität zu achten, aber das durfte nicht so weit gehen, daß die fremde Sprache die deutsche verdränge. Obre Pflicht als vornehme Staatsbürger könnten die Voten nur dann erfüllen, wenn sie auch der deutschen Sprache mächtig seien. Weiterberatung morgen.

Berlin. Das Abgeordnetenkongress begann die 2. Beratung der Handelskammernovelle, die welche wird morgen fortgesetzt. In der zweiten Beratung des Kolonialausschusses wurde die Bezeichnung des Verordnungsministers über eine Häuer- und Gütersteuer festgelegt.

Eine lebhafte Debatte wurde darüber geführt, ob die Steuer in der Form der Kopfsteuer oder in der Form der Häuer- und Gütersteuer zur Erhebung gelangen soll. Der Verordnungsminister wurde schließlich einer Kommission übertragen. Die Billigung für Deutschland-Misra stand die Billigung des Kolonialausschusses.

Zu verschiedenen Positionen des Kolonialausschusses wurden aus der Sicht der Bevölkerung verschiedene Ansprüche beantragt, während hinreichend der Einfluss und Schwere der Kolonialsteuer sich für eine Erhebung der vorgelegten Forderungen sprach.

Eine längere Erörterung veranlaßte die Frage des Ausuburolls auf Misra.

Der "Times" wird aus Konstantinopel gemeldet, daß der Sultan eine Deputation an den deutschen Kaiser richtete, in welcher er ihm für seinen Nach-Dank sagt und ihn darum diesen fortzusetzen. Er drückt lerner, gehört auf die Feindseligkeit der Freundschaftsabende zwischen dem Kaiser und ihm die Hoffnung aus, des Kaiserlichen Nachlasses würden die Türkei leben, wie sie die Anerkennung ihres Rechtes als freigiebige Macht erlangen könne.

Konstantinopel. Die Vorherrschaft überreichte heute die Note an die Botschaft, die von ihnen entworfene gemeinsame Note an die Botschaft zu unterzeichnen, aber die Weisung des deutschen Botschaftsministers enthält, daß vorerst die Zustimmung Griechenlands zu den Friedensbedingungen erlangt werden müsse. Die deutsche Regierung habe erklärt, sie würde von der Vermittlung zurücktreten, falls die übrigen Mächte die vorbereitete Zustimmung Griechenlands für unnötig erachten sollten.

Der "Times" wird aus Konstantinopel gemeldet, daß der Sultan eine Deputation an den deutschen Kaiser richtete, in welcher er ihm für seinen Nach-Dank sagt und ihn darum diesen fortzusetzen.

Er drückt lerner, gehört auf die Feindseligkeit der Freundschaftsabende zwischen dem Kaiser und ihm die Hoffnung aus, des Kaiserlichen Nachasses würden die Türkei leben, wie sie die Anerkennung ihres Rechtes als freigiebige Macht erlangen könne.

Konstantinopel. Die Vorherrschaft überreichte heute die Note, welche die Macht auf die türkischen Kriegsbedingungen enthielt.

London. Der Standard lädt sich aus Wien melden, es sei ein Botschaftsfall eingetreten, der die Friedensverhandlungen verzögern dürfte. Die Vorherrschaft in Konstantinopel hätten am Dienstag Weisungen erhalten, die von ihnen entworfene gemeinsame Note an die Botschaft zu unterzeichnen, aber die Weisung des deutschen Botschaftsministers enthält, daß vorerst die Zustimmung Griechenlands zu den Friedensbedingungen erlangt werden müsse. Die deutsche Regierung habe erklärt, sie würde von der Vermittlung zurücktreten, falls die übrigen Mächte die vorbereitete Zustimmung Griechenlands für unnötig erachten sollten.

Der "Times" wird aus Konstantinopel gemeldet, daß der Sultan eine Deputation an den deutschen Kaiser richtete, in welcher er ihm für seinen Nach-Dank sagt und ihn darum diesen fortzusetzen.

Er drückt lerner, gehört auf die Feindseligkeit der Freundschaftsabende zwischen dem Kaiser und ihm die Hoffnung aus, des Kaiserlichen Nachasses würden die Türkei leben, wie sie die Anerkennung ihres Rechtes als freigiebige Macht erlangen könne.

Konstantinopel. Die Vorherrschaft überreichte heute die Note, welche die Macht auf die türkischen Kriegsbedingungen enthielt.

London. Der Standard lädt sich aus Wien melden, es sei ein Botschaftsfall eingetreten, der die Friedensverhandlungen verzögern dürfte. Die Vorherrschaft in Konstantinopel hätten am Dienstag Weisungen erhalten, die von ihnen entworfene gemeinsame Note an die Botschaft zu unterzeichnen, aber die Weisung des deutschen Botschaftsministers enthält, daß vorerst die Zustimmung Griechenlands zu den Friedensbedingungen erlangt werden müsse. Die deutsche Regierung habe erklärt, sie würde von der Vermittlung zurücktreten, falls die übrigen Mächte die vorbereitete Zustimmung Griechenlands für unnötig erachten sollten.

Der "Times" wird aus Konstantinopel gemeldet, daß der Sultan eine Deputation an den deutschen Kaiser richtete, in welcher er ihm für seinen Nach-Dank sagt und ihn darum diesen fortzusetzen.

Er drückt lerner, gehört auf die Feindseligkeit der Freundschaftsabende zwischen dem Kaiser und ihm die Hoffnung aus, des Kaiserlichen Nachasses würden die Türkei leben, wie sie die Anerkennung ihres Rechtes als freigiebige Macht erlangen könne.

Konstantinopel. Die Vorherrschaft überreichte heute die Note, welche die Macht auf die türkischen Kriegsbedingungen enthielt.

London. Der Standard lädt sich aus Wien melden, es sei ein Botschaftsfall eingetreten, der die Friedensverhandlungen verzögern dürfte. Die Vorherrschaft in Konstantinopel hätten am Dienstag Weisungen erhalten, die von ihnen entworfene gemeinsame Note an die Botschaft zu unterzeichnen, aber die Weisung des deutschen Botschaftsministers enthält, daß vorerst die Zustimmung Griechenlands zu den Friedensbedingungen erlangt werden müsse. Die deutsche Regierung habe erklärt, sie würde von der Vermittlung zurücktreten, falls die übrigen Mächte die vorbereitete Zustimmung Griechenlands für unnötig erachten sollten.

Der "Times" wird aus Konstantinopel gemeldet, daß der Sultan eine Deputation an den deutschen Kaiser richtete, in welcher er ihm für seinen Nach-Dank sagt und ihn darum diesen fortzusetzen.

Er drückt lerner, gehört auf die Feindseligkeit der Freundschaftsabende zwischen dem Kaiser und ihm die Hoffnung aus, des Kaiserlichen Nachasses würden die Türkei leben, wie sie die Anerkennung ihres Rechtes als freigiebige Macht erlangen könne.

Konstantinopel. Die Vorherrschaft überreichte heute die Note, welche die Macht auf die türkischen Kriegsbedingungen enthielt.

London. Der Standard lädt sich aus Wien melden, es sei ein Botschaftsfall eingetreten, der die Friedensverhandlungen verzögern dürfte. Die Vorherrschaft in Konstantinopel hätten am Dienstag Weisungen erhalten, die von ihnen entworfene gemeinsame Note an die Botschaft zu unterzeichnen, aber die Weisung des deutschen Botschaftsministers enthält, daß vorerst die Zustimmung Griechenlands zu den Friedensbedingungen erlangt werden müsse. Die deutsche Regierung habe erklärt, sie würde von der Vermittlung zurücktreten, falls die übrigen Mächte die vorbereitete Zustimmung Griechenlands für unnötig erachten sollten.

Der "Times" wird aus Konstantinopel gemeldet, daß der Sultan eine Deputation an den deutschen Kaiser richtete, in welcher er ihm für seinen Nach-Dank sagt und ihn darum diesen fortzusetzen.

Er drückt lerner, gehört auf die Feindseligkeit der Freundschaftsabende zwischen dem Kaiser und ihm die Hoffnung aus, des Kaiserlichen Nachasses würden die Türkei leben, wie sie die Anerkennung ihres Rechtes als freigiebige Macht erlangen könne.

Konstantinopel. Die Vorherrschaft überreichte heute die Note, welche die Macht auf die türkischen Kriegsbedingungen enthielt.

London. Der Standard lädt sich aus Wien melden, es sei ein Botschaftsfall eingetreten, der die Friedensverhandlungen verzögern dürfte. Die Vorherrschaft in Konstantinopel hätten am Dienstag Weisungen erhalten, die von ihnen entworfene gemeinsame Note an die Botschaft zu unterzeichnen, aber die Weisung des deutschen Botschaftsministers enthält, daß vorerst die Zustimmung Griechenlands zu den Friedensbedingungen erlangt werden müsse. Die deutsche Regierung habe erklärt, sie würde von der Vermittlung zurücktreten, falls die übrigen Mächte die vorbereitete Zustimmung Griechenlands für unnötig erachten sollten.

Der "Times" wird aus Konstantinopel gemeldet, daß der Sultan eine Deputation an den deutschen Kaiser richtete, in welcher er ihm für seinen Nach-Dank sagt und ihn darum diesen fortzusetzen.

Er drückt lerner, gehört auf die Feindseligkeit der Freundschaftsabende zwischen dem Kaiser und ihm die Hoffnung aus, des Kaiserlichen Nachasses würden die Türkei leben, wie sie die Anerkennung ihres Rechtes als freigiebige Macht erlangen könne.

Konstantinopel. Die Vorherrschaft überreichte heute die Note, welche die Macht auf die türkischen Kriegsbedingungen enthielt.

London. Der Standard lädt sich aus Wien melden, es sei ein Botschaftsfall eingetreten, der die Friedensverhandlungen verzögern dürfte. Die Vorherrschaft in Konstantinopel hätten am Dienstag Weisungen erhalten, die von ihnen entworfene gemeinsame Note an die Botschaft zu unterzeichnen, aber die Weisung des deutschen Botschaftsministers enthält, daß vorerst die Zustimmung Griechenlands zu den Friedensbedingungen erlangt werden müsse. Die deutsche Regierung habe erklärt, sie würde von der Vermittlung zurücktreten, falls die übrigen Mächte die vorbereitete Zustimmung Griechenlands für unnötig erachten sollten.

Der "Times" wird aus Konstantinopel gemeldet, daß der Sultan eine Deputation an den deutschen Kaiser richtete, in welcher er ihm für seinen Nach-Dank sagt und ihn darum diesen fortzusetzen.

Er drückt lerner, gehört auf die Feindseligkeit der Freundschaftsabende zwischen dem Kaiser und ihm die Hoffnung aus, des Kaiserlichen Nachasses würden die Türkei leben, wie sie die Anerkennung ihres Rechtes als freigiebige Macht erlangen könne.

Konstantinopel. Die Vorherrschaft überreichte heute die Note, welche die Macht auf die türkischen Kriegsbedingungen enthielt.

London. Der Standard lädt sich aus Wien melden, es sei ein Botschaftsfall eingetreten, der die Friedensverhandlungen verzögern dürfte. Die Vorherrschaft in Konstantinopel hätten am Dienstag Weisungen erhalten, die von ihnen entworfene gemeinsame Note an die Botschaft zu unterzeichnen, aber die Weisung des deutschen Botschaftsministers enthält, daß vorerst die Zustimmung Griechenlands zu den Friedensbedingungen erlangt werden müsse. Die deutsche Regierung habe erklärt, sie würde von der Vermittlung zurücktreten, falls die übrigen Mächte die vorbereitete Zustimmung Griechenlands für unnötig erachten sollten.

Der "Times" wird aus Konstantinopel gemeldet, daß der Sultan eine Deputation an den deutschen Kaiser richtete, in welcher er ihm für seinen Nach-Dank sagt und ihn darum diesen fortzusetzen.

Er drückt lerner, gehört auf die Feindseligkeit der Freundschaftsabende zwischen dem Kaiser und ihm die Hoffnung aus, des Kaiserlichen Nachasses würden die Türkei leben, wie sie die Anerkennung ihres Rechtes als freigiebige Macht erlangen könne.

Konstantinopel. Die Vorherrschaft überreichte heute die Note, welche die Macht auf die türkischen Kriegsbedingungen enthielt.

London. Der Standard lädt sich aus Wien melden, es sei ein Botschaftsfall eingetreten, der die Friedensverhandlungen verzögern dürfte. Die Vorherrschaft in Konstantinopel hätten am Dienstag Weisungen erhalten, die von ihnen entworfene gemeinsame Note an die Botschaft zu unterzeichnen, aber die Weisung des deutschen Botschaftsministers enthält, daß vorerst die Zustimmung Griechenlands zu den Friedensbedingungen erlangt werden müsse. Die deutsche Regierung habe erklärt, sie würde von der Vermittlung zurücktreten, falls die übrigen Mächte die vorbereitete Zustimmung Griechenlands für unnötig erachten sollten.

Der "Times" wird aus Konstantinopel gemeldet, daß der Sultan